11/2020

WARUM MÜSSEN WIR VOLKSPARTEI SEIN?

Während wir uns seit Wochen und Monaten in „goldenen Zeiten" für Oppositionsparteien befinden, schifft die einzige im Deutschen Bundestag vertretene Oppositionspartei in unruhigem Fahrwasser. Die AfD hängt in den sprichwörtlichen Seilen. In die Seile geboxt wurde die Partei nicht - wie man es erwarten durfte - durch Angriffe von außen, sondern durch das unpolitische und parteischädigende Verhalten einer Mehrheit des Bundesvorstandes.

Dabei liegen die Themen nicht nur auf der Straße, sondern geben der AfD sogar Raum für hinreichende Alleinstellungsmerkmale:

1. Asyl und Einwanderung: nur die AfD ist gegen die Politik der offenen Grenzen
2. Europa und Euro: nur die AfD ist für ein „Europa der Vaterländer" und ein Ende des Euro-Desasters
3. Familien und Kinder: nur die AfD macht sich für die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern stark
4. Demokratie und Grundwerte: nur die AfD kämpft für Volksabstimmungen im Bund, strikte Gewaltentrennung, Rechtsstaatlichkeit und gegen Parteienfilz in den Staatsorganen
5. Außen- und Sicherheitspolitik: nur die AfD ist für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und das Zurechtstutzen nicht demokratisch legitimierter NGOs
6. Umwelt und Energie: nur die AfD ist für forschungsoffene ideologiefreie Energiepolitik und echten heimatliebenden Umwelt- und Naturschutz

Die Reihe von Alleinstellungsmerkmalen auf Seite der AfD ließe sich noch fortführen, aber es gibt ein Politikfeld, auf dem sich die Partei uneins ist, das aber von so großer Wichtigkeit ist, dass es darüber entscheidet, für wen die AfD Politik machen möchte, ob die Partei elitäre Klientelpartei oder Volkspartei ist, nämlich **Arbeit und Soziales:**
Co-Bundessprecher Jörg Meuthen möchte den Generationenvertrag aufkündigen und das umlagenfinanzierte Rentensystem gegen eine privatfinanzierte kapitalmarktbasierte Rente abschaffen. Danach ist jeder Bürger für seine Altersvorsorge allein verantwortlich. Wer sich also keinen Finanzberater leisten kann, muss sich durch den Kapitalmarktdschungel allein durchkämpfen. Außerdem wird seine Rente immer vom Kapitalmarkt abhängig sein: In guten wie in schlechten Zeiten!
Das kann man so machen, wenn man die großen Finanziers und Versicherer noch reicher machen möchte, wenn man das Risiko allein auf den kleinen Arbeitnehmer verlagern möchte, wenn man den Solidargedanken in der Gesellschaft weiter schleifen und die Ellenbogengesellschaft weiter forcieren möchte, wenn man Politik für seine eigene kleine Klientel machen möchte und sich als Mehrheitsbeschaffer für eine Union nach Merkel anbiedern möchte, weil man weder begriffen hat, dass Politik nicht einer kleinen Klientel, sondern dem Volk zu dienen hat, noch, dass es ein Zurück der Altparteien zu einer Politik, die Deutschland dient, nicht geben wird!

Eine alternative soziale Politik stärkt die traditionelle Familie, anstatt Singles und Minderheiten zu pampern und sie kümmert sich um diejenigen, die den Karren in dieser Gesellschaft am Laufen halten: die Arbeiter und Angestellten, die immer weniger Netto vom Brutto haben, die Selbständigen, die durch Abgaben und Bürokratie erdrückt werden, die Rentner, denen wir unseren Wohlstand verdanken und die einer Altersarmut nie dagewesenen Ausmaßes entgegen sehen sowie den Niedriglöhnern und atypisch-Beschäftigten. Nur eine solche soziale Politik ist das Politik machen wert und darf sich das Prädikat alternativ zu den Altparteien anheften. Nur eine solche Politik gibt uns auch im Bereich Arbeit und Soziales ein Alleinstellungsmerkmal und macht uns zur Volkspartei!

GASTBEITRAG MDL JENS COTTA
VERFASSUNGSGERICHT DURCHKREUZT PLÄNE DER LANDTAGSPRÄSIDENTIN

Das Verfassungsgericht in Thüringen ordnete Mitte des Monats an: Keine Konstituierung der parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) ohne Abgeordnete der AfD. Wenige Minuten vor der entscheidenden Sitzung ging die einstweilige Anordnung des Verfassungsgerichtes auf Antrag der Thüringer AfD-Fraktion dem Landtag zu. Landtagspräsidentin Birgit Keller (Linke) wollte die ParlKK in dieser Legislatur ohne Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion ins Leben rufen.
Das Thüringer Verfassungsgericht teilte die Auffassung der AfD-Fraktion, dass die ParlKK ohne eine vollständige Besetzung nicht zu konstituieren sei. Vorausgegangen war dem Richterspruch ein monatelanges Tauziehen um die Kandidaten. Wenn man einen Blick auf die unterschiedlichen Persönlichkeiten und Lebensläufe der von der AfD nominierten Kandidaten wirft, die alle eine Ablehnung erfuhren, kann man nur zu der Erkenntnis kommen, dass es nicht an der persönlichen Eignung der Abgeordneten liegt, sondern am mangelnden demokratischen Willen der „Stabilitäts-Koalitionäre" (Linke, CDU) im Landtag.

Warum ist die Besetzung des ParlKK so wichtig? Ihr obliegt die Kontrolle des Landesverfassungsschutzes. Auf den Internetseiten des Landtages ist aufgeführt: „Die ParlKK ist [...] Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes und befähigt diesen, seine gesetzliche Aufgabe [...] zu erfüllen." Auch ohne Überspitzung kann man deshalb formulieren: ohne legitimierte ParlKK darf es keinen Verfassungsschutz geben. Die ParlKK besteht laut Gesetz aus fünf Mitgliedern, die auf Vorschlag der Fraktionen vom Landtag gewählt werden. Seit der Landtagswahl 2019 stehen der AfD-Fraktion zwei Plätze zu. Bisher wählte der Thüringer Landtag nur drei Kandidaten, den Christdemokraten Raymond Walk, Anja Müller und Steffen Dittes (beide Die Linke). Anja Müller sprach nach der Wahl Kemmerichs von einem „Pakt mit den Faschisten". Die Wahl Dittes führt die Aussage „die Kandidaten der AfD seien persönlich nicht geeignet" komplett ins Absurde. Dittes Nähe zur Kommunistischen Plattform ist bekannt. Der Bundesverfassungsschutz hält die Plattform für einen „offenen extremistischen Zusammenschluss" in der Linkspartei. Laut dem ehemaligen Innenminister Köckert (CDU) unterstützt Dittes zudem die autonome Antifa, die verbotene PKK und starte diverse Aktionen gegen den Verfassungsschutz.

Die Konstituierung dieses Gremiums konnte auf Antrag der AfD und Eilentscheidung des Verfassungsgerichts verhindert werden. Lassen wir uns überraschen, welche Winkelzüge man jetzt plant, um der größten Oppositionspartei den Zugang zum Kontrollgremium zu verwehren. Fraglich ist zudem, inwieweit die derzeitige Übergangslösung überhaupt seiner Kontrollfunktion nachkommen kann und ob das Verfassungsgericht diesem Provisorium zeitnah einen Riegel vorschiebt.

Ihr **Jens Cotta**

PREMIERE IN ZWINGE
„BÜRGER IM GESPRÄCH" AM 22.10.2020 MIT MARCUS BÜHL, MDB UND JÜRGEN POHL, MDB

Das Gesundheitsamt Eichsfeld genehmigte aufgrund der derzeitigen Lage rund um das Corona-Virus leider nur 30 Teilnehmer, so dass nicht alle Interessierte der gestrigen Veranstaltung beiwohnen konnten. Mutig harrten sie draußen in der Kälte aus und verfolgten die Veranstaltung durch die geöffnete Tür, die Teil der Veranstaltungsauflagen war.
Der stellvertretende sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Pohl, sprach in seinem Vortrag über das Thüringer Rentenkonzept, das beim kommenden Sozialparteitag der AfD im November in wesentlichen Teilen Eingang in die zukünftige Rentenposition der Partei finden wird. Marcus Bühl, Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, sprach in seinem Vortrag unter anderem über die enorme Steuergeldverschwendung, die für den Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes zu erwarten ist. Die Bundesregierung plant dafür 600 Millionen Euro ein, was einen Kostenfaktor von 1,5 Millionen Euro je Mitarbeiter im Bundeskanzleramt bedeuten würde. Unglaubliche Zahlen, die so wohl nur im Elfenbeinturm der Bundesregierung entstehen können.

Im Anschluss an die Vorträge konnten Fragen gestellt werden - wovon die Besucher auch zahlreich Gebrauch gemacht haben. „Bürger im Gespräch" - ein gelungener Abend in Zwinge.
Vielen Dank an alle Helfer und Unterstützer, sowie an die Gastwirte vom „Landgasthaus Ellertal", die diesen erfolgreichen Abend erst möglich gemacht haben.

BERICHTE AUS DEM WAHLKREIS

DER REGIONALVERBAND EICHSFELD

DDer Regionalverband Eichsfeld im Kreisverband Nordhausen–Eichsfeld–Mühlhausen wurde im Februar 2020 gegründet. Etwa 100 Patrioten sind unter dem Dach des Regionalverbandes Eichsfeld organisiert und streiten in der traditionell katholischen Region für unsere nationale Sache. Die Nähe zu Niedersachsen und Hessen und die auch während der Zeit der DDR weithin bewahrte kulturelle Eigenständigkeit des Eichsfeldes haben den wirtschaftlichen Wohlstand der Region befördert. Für die AfD im Eichsfeld ist es daher nicht einfach, gegen Altparteien anzustehen, die unter Berufung auf den Wohlstand der Deutschen das Eichsfeld „bunt" machen wollen. Gleichwohl hat Björn Höcke, Vorsitzender des Regionalverbandes Eichsfeld, gegen den CDU-Bewerber für das Landtagsdirektmandat Eichsfeld I im Jahr 2019 ein glänzendes Ergebnis errungen. Für den Regionalverband Eichsfeld der AfD ist es Ehre und Herausforderung, Björn Höcke in seinen Reihen zu wissen.

Vorstand des Regionalverbandes Eichsfeld

Landes- und auch bundespolitische Implikationen müssen die Patrioten im Eichsfeld bei ihren Aktionen daher stets in besonderer Weise mitdenken. Wichtige Impulse für die Parteiarbeit fließen dem Regionalverband aber auch aus der Kommunalpolitik zu. Die Stadträte in Dingelstädt, Leinefelde und Heiligenstadt ebenso wie die Mitglieder der AfD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Eichsfeld stimmen ihre Arbeit konstruktiv mit dem Regionalvorstand Eichsfeld ab. Das Eichsfeld ist immer noch CDU-Land: der vormalige CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus ist Heiligenstädter und lebt noch heute dort. Der CDU-Landrat Werner Hennig ist seit 30 Jahren im Amt. Diese nicht geringen Herausforderungen nehmen die Patrioten im Regionalverband Eichsfeld aber beherzt an. Gerade auch mit Blick auf die Neuwahlen zum Thüringer Landtag im kommenden Jahr.

Autoren:
Jens Lange, Wahlkreismitarbeiter von Björn Höcke
Daniel Haseloff, Beisitzer im Regionalvorstand Eichsfeld

DER REGIONALVERBAND LANDKREIS NORDHAUSEN

Der Regionalverband Landkreis Nordhausen gründete sich am 6. April 2019. Hoch motiviert und mit neuer Stärke starteten die Mitglieder in ihren ersten Kommunalwahlkampf. Mit Jörg Prophet an ihrer Spitze fuhr die AfD Nordhausen aus dem Stand Ergebnisse um die 20 Prozent ein und zog mit 9 beziehungsweise 8 Sitzen in den Kreistag und den Stadtrat Nordhausen ein. Auch im Landgemeinderat Bleicherode ist die AfD seit 2019 mit 3 Sitzen vertreten.
Zusammenhalt und ein respektvoller Umgang miteinander, diese Grundprinzipien sind in der Nordhäuser AfD ehernes Gesetz. Mittlerweile zählt der Regionalverband etwa 60 aktive Mitglieder; Angestellte, Arbeiter, Handwerker, Rentner, Akademiker und Unternehmer.

Die Mitglieder bilden einen Querschnitt der Gesellschaft ab, vereint in der Sorge um das Vaterland und das Wohl ihrer Kinder aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Regelmäßig treffen sich die Mitglieder zum Stammtisch, organisieren Bürgertische, Infostände und Flugblatt-Aktionen in den verschiedenen Gemeinden des Landkreises. Im September 2020 gingen die Nordhäuser eine Verbandspartnerschaft mit dem nordfriesischen AfD-Kreisverband Wittmund ein und setzten so ein Zeichen für die Verbundenheit mit ihren westdeutschen Parteikollegen.

Im Laufe der Zeit gelang es der AfD Nordhausen immer mehr, sich zu professionalisieren.
Auf der Hausseite www.afd-nordhausen.de kann man sich über die Arbeit des Regionalverbandes und der Fraktionen informieren. Längst hat sich die AfD Nordhausen zu einer ernstzunehmenden patriotisch-konservativ-bürgerlichen Alternative zum rot-grün-schwarzen Parteien-Einheitsbrei etabliert und allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

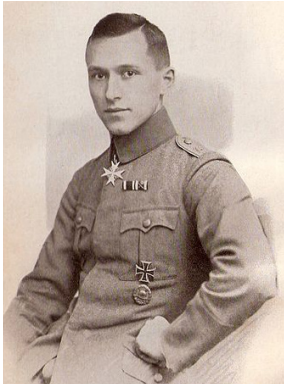
Autor:
Kirsten Paarmann, Mitglied im Landgemeinderat Bleicherode, Mitglied im Kreistag Nordhausen

„WO DAS
MÜSSEN
BEGINNT, HÖRT DAS
FÜRCHTEN AUF."
JUNGE ALTERNATIVE
SACHSEN-ANHALT

„DER STAAT IST VATERLAND, DIE HEIMAT MUTTERLAND."

JUNGE ALTERNATIVE
SACHSEN-ANHALT

ERNST JÜNGER



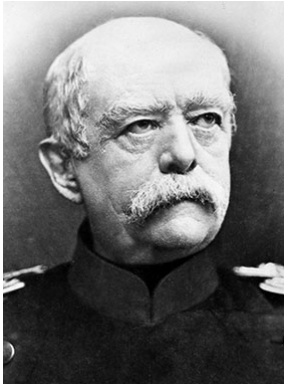
Ernst Jünger, geboren am 29. März 1895 in Heidelberg; gestorben am 17. Februar 1998 in Riedlingen, war ein deutscher Schriftsteller. Er ist vor allem durch seine Kriegserlebnisbücher wie „In Stahlgewittern", phantastische Romane und Erzählungen und verschiedene Essays bekannt.

Als konservativer Revolutionärer beteiligt er sich an verschiedenen nationalrevolutionären Zirkeln. Obwohl Jünger mit der Weimarer Politik zunehmend unzufrieden ist und sich in Richtung eines nationalen Sozialismus orientiert, lehnt er ein zukünftiges Reichstagsmandat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ab. Daraufhin wird er aus der „Dichterakademie" ausgeschlossen. Nach einer Hausdurchsuchung durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo), zieht sich Jünger nach Goslar zurück.

Er erhielt verschiedene Preise und Auszeichnungen, darunter 1918 den Pour le Mérite, das Große Bundesverdienstkreuz (1959) mit Stern (1977) und Schulterband (1985) und 1982 den Goethepreis.

Quelle: Wikipedia

OTTO VON BISMARCK



Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen, ab 1865 Graf von Bismarck-Schönhausen, ab 1871 Fürst von Bismarck, ab 1890 auch Herzog zu Lauenburg, geboren am 1. April 1815 in Schönhausen (Elbe); gestorben am 30. Juli 1898 in Friedrichsruh bei Aumühle, war ein deutscher Politiker und Staatsmann. Von 1862 bis 1890 – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1873 – war er in Preußen Ministerpräsident, von 1867 bis 1871 zugleich Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes sowie von 1871 bis 1890 erster Reichskanzler des Deutschen Reiches, dessen Gründung er maßgeblich vorangetrieben hatte.

Als Politiker machte sich Bismarck in Preußen zunächst als Konservativer einen Namen und war während der Reaktionsära Diplomat (1851–1862). Im preußischen Verfassungskonflikt berief ihn 1862 König Wilhelm I. zum Ministerpräsidenten. Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 war er die treibende Kraft bei der Gründung des Deutschen Reiches.

Als Kanzler bestimmte er die Politik des neu geschaffenen Reiches – allgemein im Volksmund und in der Geschichtsschreibung wurde Bismarck daher auch der „Eiserne Kanzler" genannt – und, bis auf eine kurze Unterbrechung, als preußischer Ministerpräsident bis zu seiner Entlassung 1890 entscheidend mit. Er setzte außenpolitisch auf einen Ausgleich der europäischen Mächte.
Innenpolitisch ist seine Regierungszeit nach 1866 in zwei Phasen einteilbar. Zunächst kam es zu einem Bündnis mit den gemäßigten Liberalen. In dieser Zeit gab es zahlreiche innenpolitische Reformen wie die Einführung der Zivilehe.
Seit den späten 1870er-Jahren wandte Bismarck sich zunehmend von den Liberalen ab. In diese Phase fällt der Übergang zur Schutzzollpolitik und zu staatsinterventionistischen Maßnahmen. Dazu zählte insbesondere die Schaffung des Sozialversicherungssystems. 1890 führten Meinungsverschiedenheiten mit dem seit knapp zwei Jahren amtierenden Kaiser Wilhelm II. zu Bismarcks Entlassung.

Quelle: Wikipedia

DAS CHAOS AUF DEM PFLEGEMARKT BEENDEN!

DRAMATISCHE ZUSTÄNDE ERFORDERN DRASTISCHE EINGRIFFE.

Die Berichte von Missständen in der Pflege hierzulande häufen sich; zehntausende Pflegebedürftige sind unzureichend versorgt. Es fehlen grundsätzliche Informationen für die Alten und die Pflegenden über das „Wie" der Pflege. Auch scheint es immer nur um den Erhalt des Pflegesystems zu gehen und nicht um die Verbesserung der Pflege an sich. Deshalb fordern wir die Neuorganisation der Pflegelandschaft durch Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung mit begrenzter Eigenbeteiligung; den Pflegelotsen als zentrale Schnittstelle im Pflegesystem der Zukunft und vor allem die Aufwertung des Pflegeberufes durch eine bessere Ausbildung, besseren Verdienst sowie ein höheres gesellschaftliches Ansehen. Kurzum: Eine Pflegekraft verdient dieselbe Anerkennung der Gesellschaft wie ein Jetpilot. Wir müssen begreifen, dass wir allein mit kleinen Stellschrauben im bestehenden Pflegesystem - bedingt durch die Verbesserung der Lebenserwartung und der Lebensqualität - den Anforderungen der Zeit nicht gerecht werden.

DIE PFLEGEVOLLVERSICHERUNG MIT BEGRENZTER EIGENBETEILIGUNG

Pflege bedeutet heute für viele Betroffene finanzielle Not. Dass unsere Alten mit einem kleinen Taschengeld im Pflegeheim leben und nicht einmal ihren Enkeln ein Geschenk machen können, gehört leider oft zur wahrgenommenen Realität. Deshalb sind wir dafür, dass zukünftig alle notwendigen Leistungen der Pflege sowie der medizinischen Betreuung durch eine Pflegevollversicherung abgesichert werden. Der Eigenanteil hierzu soll maximal 10 % des Einkommens vor Steuern betragen. Das heißt, den Alten bleiben 90 % ihrer Einkünfte erhalten.

Natürlich besteht neben der gesetzlichen Pflegevollversicherung künftig weiterhin die Möglichkeit, im Rahmen einer zusätzlichen privaten Pflegeversicherung weitere Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen. Dies wären Pflegeleistungen, die über den Rahmen der gesetzlichen Pflege hinausgehen.

Der Eigenanteil an den Pflegekosten wird somit begrenzt; ebenso erhöhen wir die Schonvermögen. Denn wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht verarmen.

DER PFLEGELOTSE

Das Pflegesystem in Deutschland ist überkomplex, unübersichtlich und kompliziert. Bei welcher Stelle ein Pflegebett zu beantragen ist und wer z. B. für die Beschaffung von Hilfsmitteln wie einem Rollstuhl, für die Verbreiterung der Badezimmertür oder den Einbau einer behindertengerechten Dusche zuständig ist, bleibt für die Alten wie auch für die Pflegenden oft ein Rätsel. Fragen sind: Wie bzw. wo beantrage ich geeignete und bezahlbare Leistungen? Werden diese Leistungen ordnungsgemäß erbracht und abgerechnet? All das kann der Pflegelotse im Pflegesystem von morgen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen organisieren. Er ist zentraler Ansprechpartner für die finanziellen und materiellen Mittel, die in der Pflege benötigt werden und kontrolliert deren sachgerechte Verwendung. Als fachkundiger Koordinator zwischen den Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen steuert er alle Prozesse entlang der gesamten Versorgungskette. Kurzum: Der Pflegelotse macht den beruflich und privat Pflegenden sowie unseren Alten das Leben und die Pflege leichter.

DIE PFLEGEKRAFT VON MORGEN WIRD GEFÖRDERT WIE DER JETPILOT VON HEUTE

In Deutschland herrscht ein dramatischer Mangel an Pflegekräften. Die Personallücke im Pflegebereich könnte sich bis ins Jahr 2035 auf 500.000 Fachkräfte vergrößern! Dagegen muss sofort etwas getan werden. Der Pflegeberuf benötigt mehr gesellschaftliche Anerkennung und die Pflegekräfte brauchen mehr Kollegen, um die tägliche Arbeit körperlich zu entlasten. Von zentraler Bedeutung für die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe sind ein höheres Gehalt, mehr Urlaub und eine leistungsgerechte Rente. Ebenso notwendig sind Maßnahmen zur Qualifizierung des Pflegepersonals sowie staatlich garantierte Wohlstandslöhne. Wir müssen dem Pflegeberuf und den darin tätigen Menschen jene Achtung entgegenbringen, die unsere Alten mit ihrer Lebensleistung verdient haben.

Kurios: Jeder Bundeswehrpilot steht heute bei Besoldung, Urlaub und vorzeitigem Renteneintritt besser da als eine Pflegekraft, obwohl diese mit dem Wertvollsten arbeitet was unsere Gesellschaft ausmacht - ihren Menschen.

„BERLINFAHRTEN“ AUFGRUND VON CORONA BIS ENDE DES JAHRES AUSGESETZT

Die Teilnehmer, der am 27. Oktober und 25. November geplanten „Berlinfahrten“ wissen es bereits: Die Bundestagsverwaltung hat entschieden, die ohnehin bis Ende September ausgesetzten „Berlinfahrten“, zunächst einmal bis Ende des Jahres 2020 weiterhin auszusetzen. Wie und wann es danach weitergeht, wissen wir im Moment noch nicht.

Sobald es diesbezüglich seitens der Bundestagsverwaltung Neues zu vermelden gibt, werden wir dies bekannt geben.

KONTAKT

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77520
Fax: +49 30 227-70521
juergen.pohl@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mühlhausen
Kurze Jakobistraße 3
99974 Mühlhausen
Telefon: +49 03601-764 34 94
Fax: +49 03601-764 34 95
juergen.pohl.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nordhausen
Hesseröder Straße 11
99734 Nordhausen
Telefon: +49 03631-41 89 741
Fax: +49 03631-41 89 742
juergen.pohl.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sondershausen
Hauptstraße 41
99706 Sondershausen
Telefon: +49 03632-825 9560
Fax: +49 03632-825 9561
juergen.pohl.wk@bundestag.de

AKTUELLE FLUGBLÄTTER GIBT ES IN DEN WAHLKREISBÜROS

Aktuelle Flugblätter zu den Themen Corona, Pflege, Rente, Syrien und der Landtagsfraktion können während der Eröffnungszeiten in meinen Wahlkreisbüros in Mühlhausen, Nordhausen und Sondershausen abgeholt werden.

TERMINE

13.11.20	Bürgerstammtisch in Ellrich
20.11.20	Vortrag über Rente und Soziales in Leipzig
21.11.20	Landesparteitag in Pfiffelbach
28./29.11.20	Bundesparteitag in Kalkar

*Alle Termine und Aktualisierungen findet Ihr auf meiner Facebookseite **fb.me/juergen.pohl.afd** oder Homepage **www.pohlposition-afd.de***

facebook.com/juergen.pohl.afd

www.pohlposition-afd.de

@Pohl_MdB

V.i.s.d.P.: MdB Jürgen Pohl, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, eMail: juergen.pohl@bundestag.de